

8. Klaus-Jürgen Tillmann: Carl-Heinz Evers – Der Vater der Gesamtschule? – Eine Schreibtisch-Reise in die 60er Jahre

Im Februar 1970 fuhren vierzig Dortmunder PH-Studenten in einem Bus zum Gesamtschulkongreß nach Berlin. Nicht nur der Kongreß, sondern auch die Hauptstadt der Studentenbewegung lockte uns angehende Lehrerinnen und Lehrer aus der Provinz. Der Bus fuhr weit an den Rand Berlins, in die große Neubausiedlung Britz-Buckow-Rudow, und brachte uns dort an den Veranstaltungsort: die von Walter Gropius erbaute erste integrierte Gesamtschule der Bundesrepublik, die 1968 ihre Arbeit aufgenommen hatte.

Bei der Eröffnungsveranstaltung dieses Kongresses habe ich erstmals Carl-Heinz Evers erlebt. Ich war damals sehr überrascht, mit welcher Entschiedenheit der sozialdemokratische Schulsenator gegen die Finanzpolitiker seiner eigenen Partei wettete: Wir Bildungspolitiker „sind es leid, ständig getröstet zu werden: in Zeiten der Rezession bei Forderungen höherer laufender Ausgaben mit dem Hinweis, es gäbe nicht genug Steuereinnahmen; und in Zeiten der hohen Steuereinnahmen mit dem Hinweis, man müsse sich konjunkturgerecht also antizyklisch verhalten.“ Und weiter: Die Innovationsbereitschaft der Gesamtschullehrer „ist mir zu wichtig, als daß man sie wegen fehlender äußerer Voraussetzungen aufgrund nicht ausreichender Finanzmittel permanent enttäuschen könnte“ (1970a, S. 5f). Wenn im folgenden bei Literaturverweisen kein Autor genannt wird, handelt es sich stets um Texte von Carl-Heinz Evers.

Die Zuhörer ahnten damals nicht, daß die letzte öffentliche Rede des populären Senators Evers, des damaligen Aushängeschildes einer progressiven sozialdemokratischen Bildungspolitik, war. Im März 1970 trat Evers als Senator zurück, weil ihm die nötigen Finanzmittel zur Bewältigung seines Reformprogramms (und des Schülerbergs) nicht gewährt wurden. Aus Solidarität mit Evers traten Berliner Lehrerinnen und Lehrer in einen einstündigen Streik – wohl ein Novum in der deutschen Schulgeschichte anläßlich eines Minister-Rücktritts (1970b).

Vordergründig ergab sich der Rücktritt Evers aus seiner Nieder-

lage im finanziellen Verteilungskampf, deren Konsequenzen für die Schule er nicht mehr verantworten wollte. Daß dahinter auch tieferliegende Ursachen steckten, hat Evers selbst in einigen späteren Äußerungen angedeutet. So erklärte er auf dem Berliner Grundschultag der GEW im Mai 1973:

„Ich bin 1959 als Landesschulrat . . . und 1963 als Senator für das Schulwesen als jemand angetreten, den man als idealistischen Schulreformer bezeichnen kann. Die Arbeit selbst lehrte mich an einer Unzahl von Gegenständen die politisch-ökonomische Bedingtheit der Bildungsreform – also daß mächtige Interessen gegen die Reform sind. Ich mußte die dadurch bedingten Grenzen der Möglichkeit ihrer Verwirklichung erkennen, besonders auch die Grenzen und Ambivalenzen isolierter Reformen in einem gesellschaftspolitischen Teilbereich. Unter dem Eindruck der innerstädtischen Ereignisse ab 1967 und des amerikanischen Krieges in Vietnam lernte ich die Tragfähigkeit marxistischer Gesellschaftsanalyse und die Möglichkeit, aus ihr Anleitung zum Handeln zu gewinnen“ (1973 a, S. 1).

Diese Aussagen lassen durchblicken, daß neben Einsichten in die ökonomischen Grenzen der Bildungsfinanzierung im Kapitalismus auch eine subjektiv wohl nur noch schwer zu bewältigende Distanz zu einer Senatspolitik eingetreten war, die den Jubel für den Schah und Nixon organisierte und zugleich auf die aufmüpfigen Studenten einküppeln ließ.

In der Folgezeit – also in seiner Nach-Senatoren-Zeit – habe ich Carl-Heinz Evers näher kennengelernt: In Diskussionen des Dortmunder Arbeitszusammenhangs um Hans-G. Rolff, in Arbeitsgruppen der „Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule“, in Sitzungen der „Hans-Böckler-Stiftung“ des DGB – und nicht zuletzt bei ausführlichen Gesprächen, die häufig verabredet wurden, wenn er in Dortmund oder ich in Berlin zu tun hatte. Weil mich seit jenem Berliner Gesamtschulkongreß 1970 das Thema *Gesamtschule* erziehungswissenschaftlich und bildungspolitisch nicht mehr losgelassen hat, war und ist der politische Evers für mich vor allem als Wegbereiter der bundesdeutschen Gesamtschulreform von Interesse: Ein sozialdemokratischer Bildungspolitiker, der entscheidende und lang nachwirkende Akzente gesetzt hat, indem er in den sechziger Jahren eine umfassende schulische Reformentwicklung (mit) auf den Weg gebracht hat, deren Kernstück das Konzept der „integrierten Gesamtschule“ ist.

Ich nehme diesen Band zum Anlaß, mich näher mit dem Berliner Schulsenator und sozialdemokratischen Bildungspolitiker der sechziger Jahre zu beschäftigen. Ich schreibe also über den Carl-Heinz Evers, den ich *nicht* aus eigener Anschauung, sondern nur aus der Literatur – aus Reden, Kongreßberichten, Arbeitspapieren und Parteiprogrammen kenne. In diese Materialien habe ich mich vertieft – entstanden sind Impressionen von der Schreibtischreise in die Vergangenheit der Gesamtschule.

Persönliche Begegnungen I

Mein erster Versuch, mich bei der Materialsichtung auf die „Sache“ zu konzentrieren, scheitert; denn mir begegnen ununterbrochen Kollegen und Mitstreiter von heute in früheren und mir bis dahin völlig unbekanntem Situationen: Mein heutiger Hamburger Kollege Wolfgang Schulz führt auf einem SPD-Kongreß über „Deutsche Gemeinschaftsaufgaben“ 1962 in der Berliner Kongreßhalle eine selbstgestaltete Ton-Dia-Serie zur Situation des Bildungssystems vor (vgl. Brandt u. a. 1963, S. 41). Anschließend erläuterte der damals in Hamburg frischberufene Extraordinarius Carl-Ludwig Furck sein Konzept von der „Schule für das Jahr 2000“ und skizziert dabei in allen wesentlichen Punkten das, was der Bildungsrat sieben Jahre später beschließen wird (Furck 1969). Der 40jährige Landesschulrat Evers spricht auf dieser Tagung das erste Mal öffentlich von einem „innerlich differenzierten Gesamtschulsystem“ (1963, S. 52). Faszinierend auch das Protokoll vom „Hessischen Lehrertag“ 1965 der GEW: Der 60jährige Herbert Enderwitz (kürzlich ist er voller Aktivität 80 Jahre alt geworden) begrüßt den wohl auch jungdynamisch auftretenden Berliner Schulsenator mit den Worten:

„Ich habe seit jenem Tag, an dem wir uns . . . zum ersten Male im Fachgruppenausschuß für die Gymnasien des Bundes begegneten, Ihren Weg ein wenig mitverfolgen können. Es war ein steiler Aufstieg, der aber nicht von ungefähr kam . . . Das, was Sie besonders auszeichnet, ist die Tatsache, daß Sie diesen Weg nicht nur denken, sondern auch wirklich gehen und sicher oft gegen harten Widerstand . . . erfüllen. Wir danken Ihnen deshalb nicht nur für die Arbeit, die sie täglich leisten und die auch unsere Sache ist“ (Hess. Lehrerzeitung. v. 28. 4. 1965)

Das es sich hierbei nicht um die höflich-formale Verbeugung eines braven Lehrervereins handelt, wird wenig später deutlich: Als der hessische Kultusstaatssekretär Dr. Müller (SPD) den GEW-Deli-gierten zu erklären versucht, warum sich die „guten Gedanken des Herrn Evers“ in Hessen nicht realisieren lassen, wird er ausgezischt. Als er darauf sagt: „Ich bin bereit, sofort aufzuhören!“ verzeichnet das Protokoll „Starken Beifall“ – daraufhin bricht der hessische Staatssekretär seine Rede ab (ebenda, S. 121f.).

In den Planungspapieren des Berliner Senats tauchen dann Mitte der sechziger Jahre erstmals die Namen derjenigen auf, die von Berlin aus in den folgenden Jahren die Gesamtschulentwicklung entscheidend beeinflußt haben: Horst Mastmann als Leiter der ersten Gesamtschulplanungsgruppe; Hans-Günther Rolff als enger Mitarbeiter des Schulsenators; Joachim Lohmann, Wolfgang Schulz, Horst Magdeburg und Ulf Preuss-Lausitz als Mitarbeiter des Pädago-gischen Zentrums, das nach einem Plan von Evers 1965 gegründet wurde und dessen erster Leiter Carl-Ludwig Furck wurde. In diesem Klima erfindet Horst Speichert – damals Hilfskraft bei Furck – die neue und dann über ein Jahrzehnt sehr erfolgreiche Zeitschrift „betrifft: – erziehung“ und siedelt die Redaktion in Berlin an. All diese Personen, all diese Aktivitäten festigen den Ruf West-Berlins und seines Schulsenators Evers, Ideenküche und Entwick-lungszentrum einer durchgreifenden Schulreform zu sein.

SPD – Modernisierung – Gesamtschule

Bei dem zweiten Anlauf, die Aufmerksamkeit systematisch auf die „Sache“ zu richten, fällt mir zunächst auf, wie stark in den sechziger Jahren die Entwicklung der bildungspolitischen Reformprogrammatik in den Versuch der Oppositionspartei SPD eingebunden war, sich als die moderne, die zeitgemäße Partei darzustellen. Zur Erinne-rung: Nach dem Wahldebakel der „alten“ SPD mit Erich Ollenhauer 1957 kandidierte 1961 erstmals Willy Brandt als Kanzlerkandidat für die „neue“ SPD. Zwischen 1963 und 1966 war Evers Senator im Kabinett des „Regierenden Bürgermeisters“ Willy Brandt; für die Ausarbeitung der Modernisierungspolitik im Bildungsbereich hat Evers in dieser Zeit die zentralen Beiträge geleistet.

Dies läßt sich besonders gut an der schulpolitischen Grundsatzrede erkennen, die Carl-Heinz Evers im August 1963 auf der „Kulturpolitischen Konferenz“ der SPD in Hamburg gehalten hat. Der Kongreß stand unter dem bezeichnenden Motto „Aufstieg durch Bildung“. Zwei Aspekte dieser Rede scheinen mir aus heutiger Sicht besonders bemerkenswert: Zum einen ist auffällig, wie stark der *Modernitätsrückstand*, das Hinterherhinken der Bundesrepublik hinter vergleichbaren westlichen Industrieländern, als Begründung für die Notwendigkeit einer Schulreform herausgestellt wird:

„Voraussetzung für eine gesunde Wirtschaft und für wirtschaftliches Wachstum zum Wohle der Menschen ist ein hohes Niveau der Ausbildung in der Schule. . . . Die längere Inanspruchnahme der Schule und die höhere Ergiebigkeit an weiterführenden Abschlüssen ist unseren Nachbarländern nicht in den Schoß gefallen. . . . Und am Beginn aller Reformen stand nicht eitle ideologische Reformsucht, sondern die Einsicht und die Erkenntnis, daß längere Bildung und bessere Bildung erforderlich ist, wenn Wirtschaft und das demokratische Gemeinwesen gedeihen sollen und wenn wir eine Zukunft als freie Menschen haben wollen“ (1963a, S. 1, 3).

Argumente von Demkoratisierung und Abbau von Ungleichheit werden zwar mitgenannt, verbleiben gegenüber ökonomischen Begründungen jedoch in sekundärer Position. Evers Referat von 1963 enthält in den Grundzügen all die Argumente, die ein Jahr später Georg Picht in seiner Zeitungsartikel-Serie vorträgt und zur drohenden „Bildungskatastrophe“ verdichtet.

Zum zweiten fällt auf, daß hier erstmals das Organisationsmodell einer integrierten Gesamtschule beschrieben und als Zielmodell der Schulreform in der Mittelstufe hingestellt wird.

„Wir Deutschen werden es uns nicht länger leisten können, Begabungen zu sortieren, bevor sie sich überhaupt erweisen konnten. . . . Nicht ‚Sortierung‘ in die drei Schubladen der herkömmlichen Organisation unseres Sekundarschulwesens ist die Aufgabe, sondern optimale Förderung eines jeden einzelnen. . . . Nicht starre Schulformen nebeneinander, sondern weitgehende innere Differenzierung nach Kern-Kurs-Prinzip in Gesamtschulen ist das Gliederungsprinzip des Sekundarschulwesens, wenn der einzelne optimal gefördert werden soll“ (1963a, S. 4).

Dieses Bild von der „Schule von morgen“ wurde durch ausländische, vor allem schwedische, Vorbilder angeregt – und zwar bei Evers wie

bei Furck. Eine solche Anleihe beim damaligen sozialdemokratischen Musterland Schweden paßte natürlich hervorragend in die Modernisierungs-Argumentation und war zugleich geeignet, alle „Einheitsschul“-Assoziationen abzuwehren; denn die galten als kommunistisch belastet und damit als politisch gefährlich. Die Konzeptentwicklung der Gesamtschule ist damit in bewußter Absetzung zur Tradition der Einheitsschul-Bewegung der Weimarer Zeit erfolgt – bei Evers wie bei allen anderen. Gesamtschule wurde nicht aus der eigenen Schulreform-Tradition entwickelt, sondern als westlich-modernes Schulsystem importiert.

Mit seiner Rede von 1963 (und späteren Konkretisierungen) hat Carl-Heinz Evers den Begriff der *Gesamtschule* pädagogisch-organisatorisch als Modell einer integrierten Sekundarschule für alle gefüllt und damit eine politische wie erziehungswissenschaftliche Debatte in Gang gesetzt, die hohe Wellen schlagen sollte: Bereits drei Jahre später – im Jahre 1966 – erscheinen in Fachzeitschriften 66 Beiträge, die sich mit der „integrierten Gesamtschule“ beschäftigen, die Gesamtschuldiskussion war von nun an voll entbrannt (vgl. Lohmann 1969, S. 320 ff.).

Erste bildungspolitische Zustimmungen (z. B. der GEW Hessen 1965) sind genauso zu verzeichnen wie konservative Angriffe auf die „sozialistische Schulideologie“ des Senators Evers durch die Berliner CDU (1969a).

Evers und seine Mitarbeiter haben dieses Konzept entwickelt und in die bundesrepublikanische Diskussion gebracht. Sie nannten den neuen integrierten Schultyp „Gesamtschule“. Dabei war ihnen nicht bekannt, daß sich die in den fünfziger Jahren im sozialdemokratischen Hessen entstandenen Schulzentren – Schuldorf Bergstraße, Kirchhain und Wolfhagen – auch „Gesamtschule“ nannten. Bei diesen Schulen handelte es sich um additive Zusammenfassungen von Volksschule, Realschule und Gymnasien (vgl. Rommel 1972); ein Zielmodell sozialdemokratischer Schulpolitik ist diese (additive) Gesamtschule in Hessen allerdings nie gewesen. Das Everssche Konzept von Gesamtschule ging über dieses Modell weit hinaus, benutzte aber zunächst den gleichen Namen. Zur besseren Unterscheidung sprach man daher etwa seit 1966 von der *integrierten* und der *additiven* (bzw. kooperativen) Gesamtschule. Dabei war die *integrierte* Gesamtschule stets das Zielmodell der Reform.

Persönliche Begegnungen II

Die Erwähnung der additiven Gesamtschule Wolfhagen führt bei mir wieder zur persönlichen Begegnung eigener Art. Denn als erster Schulleiter beginnt dort 1957 der junge Studienrat Hans-Georg Rommel seine Arbeit (vgl. Tillmann u. a. 1976). Er wird in den sechziger Jahren ein engagierter Anhänger der *integrierten* Gesamtschule und unterstützt als Ministerialbeamter in Wiesbaden und später in Bonn über lange Jahre die Gesamtschulentwicklung. Rommel gehört in den sechziger Jahren neben Willy Cordt (Frankfurt), Wolfgang Neckel (Hamburg), Herbert Frommberger (Dortmund) und Günter Bechert (Unna) zu den reformengagierten Schulleuten, die die integrierte Gesamtschule in den westdeutschen Bundesländern auf den Weg bringen. Für sie alle waren die Berliner Entwicklungen, waren Evers' Ideen, wegweisend.

Und – zunächst noch als Mitarbeiter von Rommel – tritt Ende der sechziger Jahre auch Bernd Frommelt auf die Reformer-Bühne. Er stammt aus Wolfhagen, arbeitet als Referendar an der dortigen additiven Gesamtschule und wird von seinem früheren Schulleiter Rommel schon sehr bald nach dem 2. Lehrerexamen in das Hessische Kultusministerium geholt. Dort arbeitet er seit nunmehr fast zwanzig Jahren als einer der Hauptakteure der hessischen Schulreform. Zwischen all den Genannten entwickelt sich Ende der sechziger Jahre ein länderübergreifender Gesprächszusammenhang, der 1969 in die Gründung der „Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule“ (GGG) mündet. Auch der Berliner Gesamtschulkongreß – auf dem ich als 26jähriger Student all diese Kollegen erstmals aus der Ferne sehe – wird von der GGG organisiert und durchgeführt. Später habe ich dann über viele Jahre in der GGG mitgearbeitet und dabei oft erfahren, welche selbstverständliche und außergewöhnliche Autorität in diesem (basisdemokratischen, gelegentlich auch anti-autoritäten) Verband Carl-Heinz Evers genießt. Dabei zehrt seine Autorität nicht einfach von den Verdiensten der sechziger Jahre, sondern sie ist durch seine kritisch-nachdenklichen Beiträge, aber auch durch seine zupackende Mitarbeit (u. a. als GGG-Bundesvorsitzender 1972–1974) in der Nach-Senatoren-Zeit immer wieder erneuert worden.

Gesamtschulprogramm und Studentenbewegung

Die Everssche Begründung für die Gesamtschule – das habe ich aufgezeigt – stützte sich vor allem auf die Kritik am „Modernitätsrückstand“ des Bildungswesens, sie war vor allem ökonomisch akzentuiert. Die Forderungen nach Chancengleichheit und nach Demokratisierung blieben demgegenüber zunächst im Hintergrund. In den Jahren 1968 und 1969 ging der Berliner Schulsenator auf vorsichtige Distanz gegenüber dieser allein funktionalistischen Begründung, indem er ihre taktischen Anteile enthüllte:

“Natürlich mußten in der Phase heftigster Angriffe auf die Gesamtschule in der Argumentation auch Kozeptionen gemacht werden. Obwohl die Gesamtschule für mich von Anfang an der mündigen Selbstbestimmung des Menschen dienen sollte, zog ich zunächst vor allem andere Argumente heran: die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Wettbewerb, den Bedarf der Wirtschaft an qualifiziert ausgebildeten Berufstätigen, die Sorge um den Fortbestand der Wohlstandsgesellschaft. Es entstand für die Gesamtschule das Wort ‚Demokratische Leistungsschule‘“ (1969b, S. 7).

Die subjektive Glaubwürdigkeit dieser Aussage steht für mich außer Zweifel. Nur: Ihre Veröffentlichung in den Jahren 1968/69 zeigt wohl auch an, daß der als „Modernisierung“ propagierten Gesamtschule inzwischen nicht nur eine konservative, sondern auch eine radikaldemokratisch-linke Kritik erwachsen war.

Die Jahre 1967 bis 1970 waren – gerade in Berlin – geprägt durch die Aktionen der Studentenbewegung. Sie waren, wie sich rückblickend zeigte, ein entscheidender Einschnitt in Normalitäten und Bewußtseinsstrukturen dieser Gesellschaft. Erst die „etwa 1967 einsetzende Studentenbewegung radikalisierte und pädagogisierte die Reformansätze, indem sie für den Abbau von Privilegien, für eine nichtautoritäre Erziehung, für Studienreform und für eine Reform der schulischen Bildungsinhalte eintrat. Sie forderte Mitbestimmung und Demokratisierung auf allen Stufen des Bildungssystems“ (Klemm/Rolff/Tillmann 1985, S. 18).

Evers hat sich in diesen Jahren – trotz taktischer Rücksichtnahmen auf seine Senatskollegen – deutlich für die Demokratisierungsforderungen der Studentenbewegung ausgesprochen und dabei seine

bildungspolitische Programmatik zunehmend offener formuliert. In einer Rede am 18. Juni 1967 – kurz nach dem Tod des Studenten Benno Ohnesorg – erklärte er auf einer Veranstaltung des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“, daß er sich mit folgenden Ausführungen des FU-AStA-Vorsitzenden Knut Nevermann identifizierte: „Wir kämpfen gegen die Restauration des deutschen Bildungswesens. Wir kämpfen gegen Schulen und Universitäten, die den Typ des Angepaßten produzieren, den Opportunisten belohnen und die Entfaltung kritischen Bewußtseins verhindern“ (1969b, S. 152f.). Dies sei – so Evers – eine Aufforderung an uns Ältere, die Demokratisierung des Bildungswesens in praktische Tagespolitik umzusetzen.

Mit solchen Aussagen wurde aber auch zunehmend die Widersprüchlichkeit offensichtlich, in der sich die Gesamtschulprogrammatik Eversscher Prägung befand: Wie konnte das neue Schulmodell die bessere Schule für die kapitalistische Wirtschaft sein und gleichzeitig der Ort für den Abbau von Ungleichheit und die Initiierung gesellschaftskritischen Lernens? Mit der Analyse dieser Widersprüchlichkeit hat sich Evers später intensiv beschäftigt, rückblickend hat er seine Position der 60er Jahre als „idealistisch“ bezeichnet, weil die Grenzen der Schulreform unter kapitalistischen Bedingungen nicht hinreichend analysiert worden seien (vgl. 1973b; 1974, S. 12f.). Diese selbstkritischen Analysen sind ihm von etlichen früheren Mitarbeitern – die in ihrer inzwischen eingetretenen Oberschulrats-Mentalität nicht gestört werden wollten – sehr übel genommen worden. Die jungen Gesamtschullehrer haben darin hingegen ihre eigenen Arbeitsprobleme wiedergefunden und seine Aussagen mit großer Zustimmung aufgenommen.

Die Berliner Gesamtschulentwicklung . . .

Ohne Zweifel hat Carl-Heinz Evers ab etwa 1964 eine wichtige bundespolitische Rolle gespielt. Er war in jener *Zeit der* sozialdemokratische Bildungspolitiker, der mit seinen Ideen die öffentlichen Diskussionen aufriß, der der Partei die Säle füllte, der von Verbänden und Organisationen besonders gern als Referent nachgefragt wurde: Hannover, Hamburg, Göttingen, Dortmund, München,

Mannheim, Duisburg, Düren, Köln, Loccum, Neustadt/Weinstraße und Duisburg sind Vortrags-Stationen, die sich nur für die Jahre 1964 bis 1966 aus den mir vorliegenden Unterlagen unmittelbar entnehmen lassen. Sicher kommen viele andere Orte dazu. All diese Vortrags-, Überzeugungs- und auch Wahlkampfarbeit leistete Evers neben seinem Amt als Berliner Schulsenator und neben seinen Aufgaben in der Bundes-SPD. Doch war schon damals die Zustimmung, die er für seine Bildungspolitik in „Westdeutschland“ erhielt, für seine Position in der Berliner Machtarena unverzichtbar; denn in dem Maße, in dem er versuchte, die Gesamtschule in Berlin konkret voranzutreiben, verschärfte sich der Widerstand der CDU, sie warf ihm „uferlose Schulversuche“ und „sozialistische Schulideologie“ vor. Weil diese Vorwürfe in der Berliner SPD Wirkung zeigten, hielt es Evers für notwendig, sich durch bundesweite Zustimmung zu Hause abzusichern.

Dabei konnte er große Erfolge verzeichnen: Von einer positiven Berichterstattung in der „bürgerlichen“ Presse (vgl. Senator für das Schulwesen 1965; Heerwagen 1966) bis hin zu der wichtigen Aussage der Bundes-SPD in ihrem „Modell für ein demokratisches Bildungswesen“, daß die integrierte Gesamtschule das Ziel sozialdemokratischer Schulpolitik sein soll. (SPD-Parteivorstand 1969, S. 8).

Welche Schritte zur Realisierung von Gesamtschulen wurden aber in Berlin konkret angegangen? Den Beginn muß man hier wohl mit der „Denkschrift zur inneren Schulreform“ setzen, die der Landeschulrat Evers 1962 vorlegte. Es handelt sich dabei um eine sorgfältige empirische Mängelanalyse des gegliederten Schulwesens in West-Berlin, daraus werden Konsequenzen für eine langfristige Schulentwicklungs- und Finanzplanung gezogen. Allerdings: Diese Vorschläge beziehen sich ausschließlich auf pädagogisch-organisatorische Verbesserungen innerhalb des dreigliedrigen Systems – eine institutionelle Alternative wird noch nicht entworfen. Man darf bei dieser Feststellung aber nicht vergessen, daß Berlin bis 1963 von einer großen Koalition regiert wurde und Evers Chef, der Senator für Volksbildung Tiburtius, der CDU angehörte.

Die ersten Überlegungen zur Entwicklung eines anderen Schulmodells sind im Anschluß an diese Arbeit entstanden. In Britz-Buckow-Rudow (BBR) plante das Bezirksamt eine „Doppelschule“ – Grundschule und Realschule sollen in einer zu errichtenden Trabantsied-

lung unter einem Dach entstehen. Hierzu Evers: „Walter Gropius sollte diese Schule bauen. Er fand die ihm 1962 übergebene pädagogische Konzeption und das zugehörige Raumprogramm zu konventionell und langweilig. So war es nicht verwunderlich, daß ich ihn im November 1962 in einer Besprechung für den neuen Ansatz der Gesamtschule begeistern konnte“ (1969b, S. 5). Landesschulrat und Architekt verbündeten sich und erläuterten dem CDU-Volksbildungssenator, hier solle eine neue Schule nach dem US-amerikanischen Vorbild der „Comprehensive High School“ errichtet werden. Dem stimmte Tiburtius zu und die Planung für die Schule in BBR wurde entsprechend geändert (1969a).

Etwa zur gleichen Zeit sprach Evers auf dem bereits erwähnten SPD-Kongreß über „Deutsche Gemeinschaftsaufgaben“ (Oktober 1962) erstmals öffentlich von einem „Gesamtschulsystem“. Als er kurze Zeit später Schulsenator wurde, trieb er diese Gesamtschulplanung entschieden voran und bezog noch zwei weitere Standorte darin ein: Falkenhagener Feld und Märkisches Viertel. Unter Bezug auf die Forderungen, die auf der 100. Sitzung der KMK im März 1964 in Berlin beschlossen wurden (und an deren Formulierung Evers wesentlich beteiligt war), berichtete er dem Abgeordnetenhaus ausführlich über seine Gesamtschulplanung: Weil die von der KMK aufgestellten Forderungen nur „zu einem Teil innerhalb der bestehenden Organisationsformen der Berliner Schulen verwirklicht werden (können), . . . müssen daher neue Schulstrukturen entworfen und erprobt werden. . . Für die Großsiedlungen, die zur Zeit am Stadtrand Berlins entstehen, wurde Schulbauten konzipiert, die die äußeren Voraussetzungen für neue Gliederungsprinzipien der Schule bieten sollen“ (1969b, S. 239). Sodann wird in allen – damals wohl neuen – Einzelheiten beschrieben, wie diese Gesamtschulen arbeiten sollen: Kern-Kurs-Modell, Wahlpflichtbereich, Wahlkurse, Groß- und Kleingruppen, Ganztagsbereich etc.

Zu dieser Zeit hatte sich die oppositionelle Berliner CDU aber bereits auf des Konzept Gesamtschule „eingeschossen“. Die Kritik verfehlte ihre Wirkung nicht, der SPD-Senat beschloß 1965, daß die Zahl der Gesamtschulen über die bisher geplanten vier nicht ausgeweitet werden soll (1969a). Für drei Gesamtschulen hatten die Planungsteams bereits ihre Arbeit aufgenommen, dabei war Britz-Buckow-Rudow zeitlich im Vorlauf: Sie öffnete im April 1968 als

erste integrierte Gesamtschule im staatlichen Schulwesen der Bundesrepublik ihre Pforten, dabei führte Senator Evers den neuen Schulleiter Horst Mastmann ein (1969a). Knapp zwei Jahre später sollte ich in der gleichen Schule erstmals Carl-Heinz Evers begegnen und zugleich seine letzte Rede als Senator hören.

... und die Folgen

Sowohl die in Berlin entwickelten Konzeptionen als auch die konkreten Planungen strahlten auf das übrige Bundesgebiet aus, der Bonner Regierungswechsel 1969 und Willy Brandts Betonung der Bildungsreform taten ein übriges: Gesamtschul-Planungsgruppen schossen vor allem in sozialdemokratischen Städten und Gemeinden wie Pilze aus dem Boden, dabei legte Hessens Kultusminister Ludwig v. Friedeburg eine besonders rasche Gangart ein (vgl. Frommelt/Rutz 1972). 1971 (also drei Jahre nach der ersten Gründung in Berlin) gab es bundesweit bereits 81 integrierte Gesamtschulen, davon 42 in Hessen (Gesamtschul-Informationen 4/1971). Die bildungspolitische Diskussion der sechziger Jahre war in eine Phase der Umsetzung und praktischen Erprobung eingemündet.

Heute – im Jahr 1986 – gibt es in der Bundesrepublik 222 integrierte Gesamtschulen – davon 72 in Hessen und 28 in Berlin (vgl. Hansen/Rösner/Weissbach 1986). Vor allem in Nordrhein-Westfalen und im Saarland werden auch weiterhin neue Gesamtschulen eröffnet. Etwa 250 000 Schüler und Schülerinnen besuchen gegenwärtig in der Bundesrepublik eine integrierte Gesamtschule, trotz insgesamt sinkender Schülerzahlen steigt die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen. Damit ist das gegliederte Schulsystem zwar nicht abgelöst, aber es ist daneben eine Schulform entstanden, die sich als sozial gerechter und als pädagogisch vorzugswürdig ausweisen kann. Kurz: Es ist hundertfach bewiesen, daß es zum dreigliedrig-selektiven Schulsystem eine bessere Alternative gibt. Dies hat nicht ein einzelner bewerkstelligt, sondern viele Menschen haben mit Engagement, Kreativität und sehr viel Ausdauer daran mitgearbeitet. Und doch: Carl-Heinz Evers' Beitrag überragt, weil er die entscheidenden Weichen stellen konnte – und weil er sie gestellt hat.

Quellen und Literatur

1. Texte von Carl-Heinz Evers

1962

Denkschrift zur inneren Schulreform. Drucksache Nr. 1212 des Berliner Abgeordnetenhauses. Senatsbeschluß vom 9. 1. 1962

1963

Bildungsausgaben sind Investitionen in die Zukunft. Rede des Berliner Landesschulrats auf dem Kongreß „Deutsche Gemeinschaftsaufgaben“ am 19. 10. 1962 in Berlin. In: *Brandt, W. u. a.*, Deutsche Gemeinschaftsaufgaben. Bonn 1963(a)

Wege zur Schule von morgen. Rede auf der Kulturpolitischen Konferenz der SPD am 30. 8. 1963 in Hamburg, als Broschüre gedruckt. Berlin 1963(b).

1964

Bildungsnotstand und Bildungschancen. Vortrag auf dem Bundeskongreß der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer“ am 30. 10. 1964 in Neustadt/Weinstraße. Broschürendruck des SPD-Parteivorstands. Bonn 1964(a)

Die Schule in der Verantwortung vor der Zukunft. Festvortrag anlässlich der Vertreterversammlung der GEW Nordrhein-Westfalen vom 1. – 3. 4. 1964 in Duisburg. Sonderdruck der „Neuen Deutschen Schule“. Essen. Heft 8/1964(b)

1965

Bildungspolitik in Verantwortung für die Zukunft. Festvortrag auf dem „Hessischen Lehrertag 1965“ am 2. 4. 1965 in Darmstadt. In: Sondernummer der Hessischen Lehrerzeitung v. 28. 4. 1965, S. 113–119, 1965(a)

Schul- und Bildungspolitik im kommenden Jahrzehnt. Vortrag im „Ettlinger Kreis“ am 24. 6. 1965. Manuskript. Berlin 1965(b)

Bildung entscheidet unser Schicksal. Vortrag zur Hauptversammlung der GEW Hamburg am 27. 4. 1965. Sonderdruck der „Hamburger Lehrerzeitung“. Hamburg 1965(c)

Fragen der Gesamtoberschule. Senatsbeschluß Nr. 2075/65 v. 13. 4. 1965(d). (Senatsvorlage zur Gesamtschulplanung durch den Senator für Schulwesen)

1967

Modelle und Zielvorstellungen in der Schul- und Bildungspolitik. In: Materialsammlung der Agrarsozialen Gesellschaft e. V. Nr. 66, o. O., o. J. (1967), S. 8–13

1968

Modell eines neuen Gymnasiums und einer neuen Gesamthochschule. In: *betrifft: erziehung*; Heft 2/1968, S. 10–12

1969

Übersicht über den politischen Entscheidungsprozeß Gesamtschule. Interne Arbeitsunterlage v. 23. 10. 1969(a)

Modelle moderner Bildungspolitik. Reden und Aufsätze aus einem Jahrzehnt. Frankfurt/Main 1969(b)

Erfordernisse einer Reform des allgemein- und berufsbildenden Schulwesens. In: *Lohmann J.* (Hrsg.), *Gesamtschule – Diskussion und Planung*, Weinheim 1969(c), S. 27–37

Auffassungen der Kulturministerkonferenz. In: *Erdmann, C. D./Evers, C.-H./Frister, E.*: *Überregionale Aspekte und Tendenzen der Schulpolitik in der Bundesrepublik*. Wiesbaden 1969(d), S. 9–19

1970

Grußwort zur Eröffnung des Kongresses der „Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule“ am 20. 2. 1970. Manuskript. Berlin 1970(a)

Oberstufenreform und Gesamthochschule. Hrsg. von C.-H. Evers und J. Rau. Frankfurt/Main 1970(b)

Gespräch mit dem zurückgetretenen Berliner Schulsenator Carl-Heinz Evers. In: *betrifft: erziehung*, Heft 4/1970(c), S. 8–10

1972

Gesamtschule und Bildungsreform. Eine Auseinandersetzung mit ihren Kritikern. Referat auf einer Tagung der „Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule“ am 16. 11. 1972 in Garbsen. Manuskript 1972(a)

Gesamtschule: Initiativen – Chancen – Probleme. Arbeitsunterlage für eine öffentliche Vorlesung im Rahmen der 13. Steirischen Akademie in Graz am 10. 10. 1972. Manuskript. Berlin 1972(b)

1973

Vortrag auf der Abschlußveranstaltung des Berliner Grundschultags am 25. 5. 1973. Manuskript 1973(a)

Begrüßung und Einleitung durch den 1. Vorsitzenden. Rede auf dem Bundeskongreß Gesamtschule in Leverkusen am 31. 5. 1973. Manuskript 1973(b)

1974

Einführung. In: *Rolff, H.G. u. a.: Strategisches Lernen in der Gesamtschule.* Reinbek 1974, S. 9–20

Solidarität und Demokratisierung – ein interdependenter Lernprozeß. In: *Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität. Festschrift zum 60. Geburtstag von H. O. Vetter.* Düsseldorf 1977, S. 411–423

1979

Bildungspolitisches Debakel. Interview mit C.-H. Evers in: *Blickpunkt.* Dezember 1979(a), S. 28–30

Die menschliche Schule – auch für Berlin. Referat auf der Landeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich am 12. 1. 1979(b)

Für eine menschliche Schule – die Reform muß weitergehen. Referat auf der Bundeskonferenz der „Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich“, 23.–25. 3. 1979 in Osnabrück. Manuskript 1979(c)

1980

Für eine demokratische Bildungspolitik im Interesse der Arbeitnehmer. Referat am 12. 3. 1980 in Oberhausen beim DGB Nordrhein-Westfalen. Manuskript

1984

Generationen lernen Frieden; in van Dick, Lutz (Hrsg.): *Lernen in der Friedensbewegung – Verantwortung von Pädagogen,* Weinheim und Basel 1984, S. 18–25

1985

Schulaufsicht zwischen Kontrolle und Beratung. Schlaglichter auf vier Lebensstationen, in: *Westermanns Pädagogische Beiträge* 6/1985, S. 264–267

1986

Ist die demokratische Schulreform steckengeblieben? In: *Westermanns Pädagogische Beiträge,* Heft 3/1986, S. 8–9

2. Sonstige Quellen

Bildungsbudget: Was man für notwendig hält (= Bericht zum Evers-Rücktritt). In: *betrifft: erziehung,* Heft 4/1970, S. 4–7

Brandt, W. u. a.: Deutsche Gemeinschaftsaufgaben. Protokolle des Kongresses vom 17. bis 19. 10. 1962 in der Kongreßhalle Berlin. Bonn 1963

Frommelt, B./Rutz, G. (Hrsg.): Gesamtschule in Hessen. Information und Dokumentation. Hannover 1972

Furck, C. L.: Schule für das Jahr 2000. In: *Lohmann, J. (Hrsg.):* Gesamtschule – Diskussion und Planung. Weinheim 1969, S. 15–26 (=Nachdruck des Referats von 1962)

Gesamtschul-Informationen, Heft 4/1971 (hrsg. v. PZ Berlin)

Hansen, R./Rösner, E./Weissbach, B.: Der Übergang in die Sekundarstufe I. In: *Rolff, H. G./Klemm, K./Tillmann, K. J. (Hrsg.):* Jahrbuch der Schulentwicklung, Band 4, Weinheim 1986

Heerwagen, F.: Prüffeld des Neuen – Berlin als Pionier in der Bildungspolitik. Düsseldorf 1966

Hessischer Lehrertag 1965 am 2. 4. 1965. Protokoll, veröffentlicht als Sondernummer der „Hessischen Lehrerzeitung“ vom 28. 4. 1965

Klemm, K./Rolff, H. G./Tillmann, K. J.: Bildung für das Jahr 2000. Bilanz der Reform, Zukunft der Schule. Reinbek 1985

Lohmann, J. (Hrsg.): Gesamtschule – Diskussion und Planung. Weinheim 1969

Rommel, H. G.: Entwicklung der Gesamtschule in Hessen. In: *Frommelt, B./Rutz, H. G. (Hrsg.):* Gesamtschule in Hessen. Hannover 1972, S. 19–24

Senator für Schulwesen Berlin (Hrsg.): Das Berliner Schulwesen im Spiegel westdeutscher Zeitungen. Berlin o. J. (1965)

SPD-Parteivorstand (Hrsg.): Modell für ein demokratisches Bildungswesen (Entwurf). Broschürendruck. Bonn 1969

Tillmann, K. J. u. a.: Vom dreigliedrigen Schulsystem zur integrierten Gesamtschule: Die Entwicklung der Wilhelm-Filchner-Schule Wolfhagen von 1956–1971. Werkheft 6 der „Arbeitsstelle für Schulentwicklungsforschung“. Dortmund 1976

Tillmann, K. J.: Zwanzig Jahre Gesamtschulentwicklung. Eine kurzgefaßte Geschichte von Erfahrungen, Erfolgen, Enttäuschungen. In: *Westermanns Pädagogische Beiträge*, Heft 3/1986, S. 12–19